

2 Gesetz zur Änderung des E-Government-Gesetzes Nordrhein-Westfalen

Gesetzentwurf
der Landesregierung
Drucksache 17/2575

Änderungsantrag
der Fraktion der CDU und
der Fraktion der FDP
Drucksache 17/2773

Vorlage 17/788

Vorsitzender Daniel Sieveke teilt mit, die Federführung liege beim Ausschuss für Digitalisierung und Innovation, der keine Anhörung durchführen wolle, weshalb man nach der Beratung votieren müsse.

Der Ausschuss empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen von CDU, FDP und AfD gegen die Stimmen der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN bei Enthaltung der SPD-Fraktion, den Änderungsantrag der Fraktion der CDU und der Fraktion der FDP Drucksache 17/2773 anzunehmen.

Sodann empfiehlt der Ausschuss mit den Stimmen der Fraktionen von CDU, FDP und AfD gegen die Stimmen der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN bei Enthaltung der SPD-Fraktion, den so geänderten Gesetzentwurf der Landesregierung Drucksache 17/2575 anzunehmen.



Innenausschuss

18. Sitzung (öffentlich)

5. Juli 2018

Düsseldorf – Haus des Landtags

13:30 Uhr bis 16:30 Uhr

Vorsitz: Daniel Sieveke (CDU)

Protokoll: Sitzungsdokumentarischer Dienst

Verhandlungspunkte und Ergebnisse:

Vor Eintritt in die Tagesordnung

9

- a) Glückwünsche**
- b) Umbesetzung bei den Ausschussmitgliedern**
- c) Umfang der heutigen Tagesordnung**
- d) Berichtswunsch der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN**
- e) Berichtswunsch der SPD-Fraktion**
- f) Zur Tagesordnung**

Der Ausschuss kommt überein, den bisherigen Tagesordnungspunkt 13 „Demonstration in Wuppertal – Ingewahrsamnahme des Vorstandsvorsitzenden des Jobcenters Wuppertal“ und „Wie beurteilt die Landesregierung die anfängliche Ablehnung eines Antrags auf Auskunftserteilung durch das Polizeipräsidium Wuppertal im Zusammenhang mit Aufmärschen von Neonazis?“ sowie „Demonstration gegen Aufzug von ‚Die Rechte‘ in Wuppertal am 16. Juni 2018“ als Tagesordnungspunkt 7 aufzurufen.

1 Gesetz zur Modernisierung des Bauordnungsrechts in Nordrhein-Westfalen – Baurechtsmodernisierungsgesetz (BauModG NRW) 11

Gesetzentwurf
der Landesregierung
Drucksache 17/2166

Ausschussprotokoll 17/272

Der Innenausschuss empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen von CDU, FDP und AfD gegen die Stimmen der Fraktionen von SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, den Gesetzentwurf der Landesregierung Drucksache 17/2166 anzunehmen.

2 Gesetz zur Änderung des E-Government-Gesetzes Nordrhein-Westfalen 12

Gesetzentwurf
der Landesregierung
Drucksache 17/2575

Änderungsantrag
der Fraktion der CDU und
der Fraktion der FDP
Drucksache 17/2773

Vorlage 17/788

Der Ausschuss empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen von CDU, FDP und AfD gegen die Stimmen der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN bei Enthaltung der SPD-Fraktion, den Änderungsantrag der Fraktion der CDU und der Fraktion der FDP Drucksache 17/2773 anzunehmen.

Sodann empfiehlt der Ausschuss mit den Stimmen der Fraktionen von CDU, FDP und AfD gegen die Stimmen der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN bei Enthaltung der SPD-Fraktion, den so geänderten Gesetzentwurf der Landesregierung Drucksache 17/2575 anzunehmen.

3 Keine Anerkennung als Körperschaft des öffentlichen Rechts für die Ahmadiyya Muslim Jamaat – Gemeinde in Nordrhein-Westfalen 13

Antrag
der Fraktion der AfD
Drucksache 17/2392

Der Ausschuss kommt überein, sich an der Anhörung des federführenden Hauptausschusses nachrichtlich zu beteiligen.

4 Istanbul-Konvention konsequent umsetzen – Mädchen und Frauen vor Gewalt schützen 14

Antrag
der Fraktion der SPD und
der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Drucksache 17/2546 (Neudruck)

Der Ausschuss kommt überein, sich an der Anhörung des federführenden Ausschusses für Gleichstellung und Frauen nachrichtlich zu beteiligen.

5 Präventive Maßnahmen gegen die steigende Gewalt am Arbeitsplatz – Nordrhein Westfalen muss handeln! 15

Antrag
der Fraktion der AfD
Drucksache 17/2758

Der Ausschuss kommt überein, eine Anhörung durchzuführen und das weitere Verfahren in einer Obleuterunde zu klären.

6 Entwurf einer Fünften Verordnung zur Änderung der Verordnung zur Regelung von Zuständigkeiten nach dem Straßenrecht und Eisenbahnkreuzungsrecht 16

Vorlage 17/885
Drucksache 17/2922

Der Ausschuss nimmt den Entwurf einer Fünften Verordnung zur Änderung der Verordnung zur Regelung von Zuständigkeiten nach dem Straßenrecht und Eisenbahnkreuzungsrecht Vorlage 17/885 zur Kenntnis.

- 7 Demonstration in Wuppertal – Ingewahrsamnahme des Vorstandsvorsitzenden des Jobcenters Wuppertal (s. Anlage 1) 17**

und

Wie beurteilt die Landesregierung die anfängliche Ablehnung eines Antrags auf Auskunftserteilung durch das Polizeipräsidium Wuppertal im Zusammenhang mit Aufmärschen von Neonazis? (s. Anlage 2)

sowie

Demonstration gegen Aufzug von „Die Rechte“ in Wuppertal am 16. Juni 2018 (s. Anlage 3)

Bericht der Landesregierung
Vorlage 17/945

Der Ausschuss lehnt mit den Stimmen der Fraktionen von CDU, FDP und AfD gegen die Stimmen der Fraktionen von SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN den Geschäftsordnungsantrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN auf Fortführung der Debatte ab.

- 8 Schließung der Schießanlage auf dem Gelände der Polizeischule in Essen (s. Anlage 4) 39**

Bericht der Landesregierung
Vorlage 17/942

- 9 Schlechte Ausbildung, rechtswidrige Entscheidungen und Terroristenzuwanderung? – Die Landesregierung muss die Öffentlichkeit umfassend über die Verhältnisse in der Düsseldorfer Außenstelle des BAMF aufklären! (s. Anlage 5) 41**

Bericht der Landesregierung
Vorlage 17/922

- 10 In jenem „Deutschland, in dem wir gut und gerne leben“, musste ein christlicher Festakt aufgrund hoher Sicherheitsvorkehrungen ausfallen – Was sind die Hintergründe? (s. Anlage 6) 42**

Bericht der Landesregierung
Vorlage 17/943

- 11 Messer-Attentäter von Flensburg kam 2015 nach Deutschland und wohnte in NRW – Was ist der aktuelle Kenntnisstand der Landesregierung? (s. Anlage 6)** **43**
- Bericht der Landesregierung
Vorlage 17/932
- 12 Mordfall Susanna (s. Anlage 7)** **44**
- Bericht der Landesregierung
Vorlage 17/944
- 13 Vereitelung eines Gift-Terroranschlags durch Festnahme in Köln (s. Anlage 8)** **45**
- und
- Welche aktuellen Erkenntnisse hat die Landesregierung hinsichtlich des Terrorverdachts gegen einen in Köln lebenden tunesischen Staatsbürger? (s. Anlage 9)**
- Bericht der Landesregierung
Vorlage 17/933
- 14 Welche neuen Erkenntnisse hat die Landesregierung zur Amokfahrt von Münster am 07.04.2018? (s. Anlage 2)** **49**
- und
- Aktueller Ermittlungsstand zur Amok-Fahrt von Jens R. in Münster (s. Anlage 10)**
- Bericht der Landesregierung
Vertrauliche Vorlage 17/19
- 15 Wie bewertet die Landesregierung die Berichte über den Anstieg der illegalen Einreisen und der Schleuserkriminalität an der Grenze im Raum Aachen? (s. Anlage 2)** **50**
- Bericht der Landesregierung
Vorlage 17/934

- 16 Wie ist der aktuelle Sachstand bei den Ermittlungen im Fall der Vergewaltigung eines 13-jährigen Mädchens in Velbert? (s. Anlage 2) 52**
Bericht der Landesregierung
Vorlage 17/935
- 17 Integrationsminister Stamp spielt nichtsahnend Fußball mit mutmaßlichem Islamisten (s. Anlage 10) 53**
Bericht der Landesregierung
Vorlage 17/946
- 18 Planungen zur Quellen-TKÜ durch die Änderung des Polizeigesetzes NRW (s. Anlage 3) 54**
Bericht der Landesregierung
Vorlage 17/947
- 19 Änderung der Belastungsbezogenen Kräfteverteilung der Polizei (BKV) im September 2018 (s. Anlage 3) 55**
Bericht der Landesregierung
Vorlage 17/948
- 20 Verwaltungsassistentinnen und -assistenten in den Kreispolizeibehörden (s. Anlage 3) 58**
Bericht der Landesregierung
Vorlage 17/965
- 21 „Sicherheitspartnerschaften“ (s. Anlage 3) 59**
Bericht der Landesregierung
Vorlage 17/936
- 22 Studie UMFELDER der FHöV NRW (s. Anlage 3) 60**
Bericht der Landesregierung
Vorlage 17/949

- 23 Die Reichsbürgerbewegung in Nordrhein-Westfalen (s. Anlage 3) 61**
Bericht der Landesregierung
Vorlage 17/950
- 24 Kooperationsvereinbarungen „Respekt“ der Kreispolizeibehörde Düren (s. Anlage 3) 62**
Bericht der Landesregierung
Vorlage 17/937
- 25 Welche Erkenntnisse hat die Landesregierung zur Eintragung des Vereins „SlaM & Friends Moers e.V.“ in der „Todesliste“ des Nationalsozialistischen Untergrunds (NSU)? (s. Anlage 11) 63**
in Verbindung mit
Mord in Rheda-Wiedenbrück – bisher unbekannte Tat des NSU?
(s. Anlage 12)
Bericht der Landesregierung
- 26 Evaluationsbericht zur Videobeobachtung (s. Anlage 12) 66**
Bericht der Landesregierung
- 27 Stand der Rückgabe von Waffen vor Ablauf der „Waffenamnestie“ am 1. Juli 2018 (s. Anlage 12) 72**
Bericht der Landesregierung
- 28 Verschiedenes 74**
- a) **Berichtswunsch der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN**
(siehe „Vor Eintritt in die Tagesordnung d“)
 - b) **Berichtswunsch der SPD-Fraktion**
(siehe „Vor Eintritt in die Tagesordnung e“)
 - c) **Terminhinweise**
 - d) **Beratungsverfahren zum Polizeigesetz**

